

II- 4999 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates

XIV. Gesetzgebungsperiode

REPUBLIK ÖSTERREICH
 BUNDESMINISTERIUM
 FÜR SOZIALE VERWALTUNG
 Zl. 30.037/9-1/1979

1010 Wien, den 3. April 1979

Stubenring 1
 Telefon 57 56 55

2341/AB

1979-04-04

zu 2355/J

B e a n t w o r t u n g

der Anfrage der Abgeordneten Vetter und Genossen an den Bundesminister für soziale Verwaltung betreffend Arbeitsplatzschwierigkeiten im Bezirk Gmünd, Niederösterreich (Nr. 2355/J)

Zu den einzelnen Fragen nehme ich wie folgt Stellung:

1. Ist Ihnen die besorgniserregende Lage auf dem Arbeitsmarkt im Bezirk Gmünd und insbesondere in der Stadt Heidenreichstein in vollem Umfang bekannt ?

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt im niederösterreichischen Grenzgebiet und insbesondere im Bezirk Gmünd wird von den zuständigen Stellen der Arbeitsmarktverwaltung (Arbeitsamt, Landesarbeitsamt Niederösterreich, Bundesministerium für soziale Verwaltung) laufend mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgt.

Die Arbeitsmarktlage im Bezirk Gmünd ist seit Jahren gekennzeichnet von großen saisonalen Schwankungen, die sich naturgemäß in den Wintermonaten negativ auswirken. Diese an und für sich schwierige Lage wird derzeit zusätzlich verschärft durch den Zusammenbruch größerer Beschäftigungsträger, wie etwa der Fa. Eisert und der Vöslauer Kammgarnfabrik in Heidenreichstein.

Über die speziellen Probleme der Stadt Heidenreichstein habe ich mich an Ort und Stelle anlässlich einer Enquete am 1.2.1979, an der auch Staatssekretär DDr. Nußbaumer teilgenommen hat, informiert.

- 2 -

Diese Enquete stand im engen Zusammenhang mit den Beschäftigungsschwierigkeiten bei der Firma Eisert, und ich habe diesen Anlaß benutzt, festzuhalten, daß die Arbeitsmarktverwaltung bereit ist, geeignete Maßnahmen nach dem Arbeitsmarktförderungsgesetz zur möglichst umfassenden Erhaltung der betroffenen Arbeits- und Ausbildungsplätze einzusetzen.

Im übrigen ist die traurige Situation bei der Fa. Eisert durch das - gelinde ausgedrückt - extrem rücksichtslose Verhalten des Betriebseigentümers bzw. dessen Alleinbevollmächtigten und durch gravierende Fehler des Managements herbeigeführt und verschärft worden.

Inzwischen sind die von der Bundesregierung und der Arbeitsmarktverwaltung, insbesondere im Falle Eisert und der Betriebsstätte der Vöslauer Kammgarnfabrik, in Heidenreichstein ergriffenen Maßnahmen erfolgversprechend ange laufen.

Ich hoffe, daß die Vorgänge in den Betrieben des Bezirkes Gmünd, vor allem in jenem der Fa. Eisert, von der Niederösterreichischen Landesregierung ebenso gewissenhaft wie von der Arbeitsmarktverwaltung verfolgt werden, und ein ähnlich starkes Interesse an der Erhaltung der gefährdeten Arbeitsplätze besteht. Daher erwarte ich auch eine koordinierte Vorgangsweise und zwischen Arbeitsmarktverwaltung und Land Niederösterreich ausgewogene Förderungsleistungen.

2. Welche Maßnahmen wird Ihr Ressort umgehend treffen, um dieser ungünstigen Entwicklung auf dem Arbeitsplatzsektor in diesem Grenzbezirk Einhalt zu gebieten ?

- 3 -

Seitens der Arbeitsmarktverwaltung kann hier auf die schon Mitte 1978 begonnenen intensiven Gespräche mit den zuständigen Stellen der Niederösterreichischen Landesregierung zur Erarbeitung von geeigneten Maßnahmen verwiesen werden. Als erstes konkretes Ergebnis dieser Gespräche ist die gemeinsame Aktion "Arbeitsplatzzuschüsse für das niederösterreichische Grenzland" zu nennen. Im Rahmen dieser Maßnahme wird die Schaffung von zusätzlichen Dauerarbeitsplätzen von beiden Stellen in gleicher Weise gefördert werden, wobei seitens des Bundesministeriums für soziale Verwaltung dafür Budgetmittel im Ausmaß von S 50 Mio. bereitgestellt wurden.

Am 16.2.1979 fanden erneut Gespräche auf Regierungsebene statt, an denen das Bundesministerium für soziale Verwaltung teilnahm. Ziel dieser Verhandlungen ist die Erstellung und Durchführung eines konzertierten Entwicklungsprogrammes für das Waldviertel.

Eine von beiden Seiten bestellte Expertengruppe wurde mit der Ausarbeitung eines Entwicklungsprogrammes beauftragt.

Der Beitrag der Arbeitsmarktverwaltung wird sich dabei am Entwicklungsprogramm für die Region "Aichfeld-Murboden" orientieren und in erster Linie die Bereitstellung von Ausbildungsplätzen in sowohl quantitativ als auch qualitativ ausreichendem Umfang zum Inhalt haben.

Hinsichtlich der ergriffenen Sofortmaßnahmen zur Erhaltung der Arbeitsplätze bei den in Schwierigkeit geratenen Großbetrieben und zur Verstärkung der Vermittlungsbemühungen im Bezirk Gmünd wird auf die Beantwortung der Frage 3 verwiesen.

- 4 -

3. Ist es richtig, daß seitens der Arbeitsmarktverwaltung Sondermaßnahmen beschränkt auf den Bezirk Gmünd und befristet mit 3 Monaten vorgesehen sind ?

Wie schon bei der Beantwortung der Frage 1 angeführt, ist im Bezirk Gmünd - mit einer an sich hohen Winterarbeitslosigkeit - der Arbeitsmarkt zusätzlich durch die Insolvenzen einiger Firmen stark belastet worden.

Daher hat das zuständige Arbeitsamt seine Vermittlungsbemühungen erfolgreich verstärkt: in wenigen Wochen konnten dadurch ca. 270 in Arbeitslosengeldbezug stehende Personen auf einen neuen Arbeitsplatz vermittelt werden, wobei zu erwarten ist, daß ein Großteil der Arbeitnehmer somit einen Dauerarbeitsplatz gefunden hat.

Durch Sofortinitiativen der Bundesregierung und der Arbeitsmarktverwaltung zur Erhaltung der Arbeitsplätze bei der Firma Eisert und der Vöslauer Kammgarnfabrik in Heidenreichstein wurde es ermöglicht, die für die Übernahme der Betriebe durch potente Unternehmen erforderliche Zeit zu gewinnen.

Im Falle der Firma Eisert konnte, eine, vorläufig mit 3 Monaten befristete, Weiterführung des Betriebes erreicht werden.

Ziel dieser Aktionen ist - neben einer Soforthilfe für die betroffenen Arbeitnehmer, wie beispielsweise die unbürokratische Bevorschussung des Insolvenz-Ausfallgeldes - die Stabilisierung des lokalen Arbeitsmarktes durch die Ansiedlung gesunder Unternehmen, welche die langfristige Sicherung der Arbeitsplätze gewährleisten.

4. Wenn ja, aus welchen außer wahltaktischen Gründen sollen diese Maßnahmen mit 3 Monaten befristet werden ?

-5-

Der bereits erwähnte Umstand, daß in diesem Grenzland aus strukturellen Gründen eine erhöhte Winterarbeitslosigkeit zu verzeichnen ist, die heuer durch die Schwierigkeiten größerer Beschäftigungsträger zusätzlich verschärft worden ist, läßt es logisch erscheinen, daß die Arbeitsmarktverwaltung ihre verstärkten Bemühungen vor allem auf die Wintermonate konzentriert.

Die vorläufig auf 3 Monate befristete Weiterführung des Betriebes der Fa. Eisert, die unter schwierigsten Bedingungen erreicht werden konnte, dient ausschließlich dazu, die für die Installierung eines Nachfolgeunternehmens nötige Zeit zu gewinnen und somit die Voraussetzung für die Erhaltung der Arbeitsplätze zu schaffen. Sollte es innerhalb der 3 Monate zu keinem positiven Verhandlungsergebnis mit einem Interessenten kommen, werde ich selbstverständlich weiter bemüht sein, zur Lösung des Beschäftigungsproblemens in geeigneter Weise beizutragen.

Damit erübrigt es sich, auf die Unterstellung, es könnte sich um wahltaktische Gründe handeln, einzugehen.

